

*SP-Grossratsfraktion, 9. Dezember 2014, Dieter Egli*

Dieses Budget ist nicht das Budget der SP. Den Leistungsabbau, den Sie hier – wissend, dass er nicht wie die Leistungsanalyse eine Volksabstimmung überstehen muss, wohl noch exzessiver – betrieben haben, ist nicht in unserem Sinn. Der Aargau hat kein Geld mehr, weil er wiederholt unvernünftig für Gutverdienende Steuern gesenkt hat. Jetzt vor die Aargauerinnen und Aargauer hinzustehen und von ihnen zur Korrektur einer verfehlten Steuerpolitik derartige Opfer zu verlangen, ist unfair.

Unfair ist auch, wie dieser Leistungsabbau zustande gekommen ist: Das Schnüren eines derart grossen und unübersichtlichen Sparpakets mit so vielen Einzelmassnahmen hat es verunmöglicht, eine wirkliche Auseinandersetzung mit Kosten und Nutzen der einzelnen staatlichen Leistungen zu führen. All die Verantwortlichen, die sich zurecht gemeldet haben – wir alle wurden angesprochen und angeschrieben - , einfach mit dem Hinweis auf Opfersymmetrie abzuspiesen, ist zynisch. Sie haben sich dieser Diskussion bewusst verweigert. Indem sie so dreist und stur die Finanzpolitik von der Sachpolitik abgetrennt haben, haben sie eine demokratische Todsünde begangen.

Eine Todsünde ist es auch, eine Opfersymmetrie vorzugaukeln, die es nicht gibt. Denn Opfer sind immer nur diejenigen, die unverschuldet auf eine staatliche Leistung angewiesen sind, und nicht die Gutverdienenden, die mit Steuervergünstigungen beschenkt wurden und sich nun um den Leistungsabbau keine Sorgen machen müssen.

Damit machen sie nichts anderes, als den Kanton zu entsolidarisieren. Und das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Damit gefährden wir den sozialen Frieden und damit wiederum die Sicherheit. Und das wird dann auch teuer.

Sie haben allen Abbaumassnahmen zugestimmt, eine sinnvolle Unterstützung durch die Strassenkasse aber abgelehnt – und jammern jetzt über ein Minusbudget. Das zeigt doch, dass es ihnen eigentlich nicht um den Kanton und auch nicht um Finanzen, sondern um Ideologie geht. Und bei der Umsetzung dieses ideologischen Projekts, bei der Demonstration Ihrer Macht ist Ihnen die Bevölkerung – oder das Volk – völlig egal.

Dieses Budget, das auf bürgerlicher Arroganz basiert, ist uns völlig zuwider. Eigentlich wollen wir nicht darüber abstimmen. Wir müssen es aber. Und wir haben eine Verantwortung – auch, weil einmal mehr zu befürchten ist, dass die SVP – schon fast in staatsfeindlicher Manier – die Verantwortung für ihre Politik nicht übernimmt.

Dieses Budget ist so katastrophal, weil die Mehrheit in diesem Rat so katastrophal ist. Und weil sie dies ist, würde ein zweites Budget wohl noch katastrophaler werden. Eine zweite Budgetberatung wollen wir uns und dem Kanton nicht antun. Deshalb werden sich viele unserer Fraktion – wenn nötig – auf die Zunge beißen und diesem Budget, das nicht unseres ist, zustimmen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Sie der moderaten Lohnerhöhung wie vom Regierungsrat vorgeschlagen zustimmen.